

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 10. juli 1970

blatt 2078

robert stolz - ehrenbuenger der stadt wien

1 wien, 10.7. (rk) der wiener gemeinderat hat am donnerstag beschlossen, dem altmeister der wiener operette, prof. robert s t o l z , anlaesslich der vollendung seines 90. lebensjahres in wuerdigung seiner ueberragenden kuenstlerischen leistungen zum ehrenbuenger der stadt wien zu ernennen. der zeitpunkt der feierlichen ueberreichung der urkunde dieser hoechsten auszeichnung der bundeshauptstadt durch den wiener buergermeister wird noch rechtzeitig mitgeteilt.

ehrenring der stadt wien fuer kalmar und salmhofer  
weiter hat der gemeinderat beschlossen, dem praesidenten des presseclubs concordia, hofrat dr. rudolf k a l m a r , in wuerdigung seiner schriftstellerischen, journalistischen und organisatorischen leistungen, und dem komponisten hofrat dr. franz s a l m h o f e r in wuerdigung seiner kuenstlerischen und organisatorischen leistungen den ehrenring der stadt wien zu verleihen. beide persoenlichkeiten vollenden heuer ihr 70. lebensjahr.

am mittwoch: elefanten-trio in simmering

2 wien, 10.7. (rk) der zirkus medrano war in den letzten jahren nicht gerade vom glueck beguenstigt. hilfeversuche von verschiedenen seiten haben nicht verhindern koennen, dass dieser einst bei jung und alt so beliebte zirkus sich auflösen musste. die warscheinliche beste nummer, das weibliche elefanten-trio ''milli, toni und romi'', ist aber noch beisammen und hat auf dem gelaende des erholungszentrums laxenburg - betreut von seinem staendigen oesterreichischen dompteur - eine vorlaeufige zu hause gefunden.

die drei sympatischen elefantendamen sind nun gezwungen, auf andere weise ihr brot zu verdienen: sie arbeiten in der werbung. ihr naechstes oeffentliches auftreten findet mittwoch, den 15. juli, um 10 uhr vormittag im 11. bezirk statt, und zwar vor dem haus simmeringer hauptstrasse 16. an diesem tag wird dort naemlich eine neue geschaeftsstelle der wiener staedtischen versicherung eroeffnet.

## empfang fuer soroptimist-clubs

3 wien, 10.7. (rk) im hotel vienna intercontinental gab die stadt wien donnerstag abend einen empfang fuer die rund 500 teilnehmerinnen an den freundschaftstagen der europaeischen foederation der soroptimist-clubs. vizebuergenmeister felix s l a v i k hiess die geaste - ausschliesslich damen - herzlich in wien willkommen und sprach die hoffnung aus, wien werde sich den klubmitgliedern so praesentieren, dass der wunsch entstehe, diese stadt wiederzusehen. slavik schilderte auch die schwierigkeiten, die eine stadtverwaltung in einer historisch gewachsenen stadt hat, wenn sie einerseits den gaesten aus dem in- und ausland das schoene wien praesentieren wolle, andererseits gerade aber auf dem verkehrssektor fuer die wuensche ihrer eigenen bevoelkerung sorgen muesse.

## Wiener Landtag

=====

Erhöhung der Witwen- und Waisenpensionen

Wien, 10.7. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer fand Freitag eine Sitzung des Wiener Landtages statt. Als einziger Punkt stand eine Novelle zur Pensionsordnung 1966, mit der die Witwen- und Waisenpensionen erhöht werden, auf der Tagesordnung.

Von der ÖVP lagen zwei Anfragen vor. Für eine der beiden Anfragen, die sich auf die Schließung von Polizeiwachzimmern bezieht, wurde die dringliche Behandlung verlangt; darüber wird vor Schluß der Landtagssitzung entschieden.

Anträge: ÖVP, betreffend "die Lockerung der Bestimmungen für die Gewährung von Wohnbauhilfen", betreffend "die Novellierung der Wohnbauförderung 1968". Beide Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Über die Novellierung der Pensionsordnung referierte Stadtrat Franz Nekula (SPÖ). Er schilderte die langen Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gewerkschaften, die der Neuregelung vorangegangen sind. Am 27. November vorigen Jahres hat der Nationalrat den zehnpromtigen Zuschlag zu den ASVG-Witwenpensionen ab 1. Juli 1970 beschlossen, der jedoch mit einigen Ruhensbestimmungen verknüpft ist. Die Stadt Wien hat am 8. April 1970 für ihren Bereich einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Witwen- und Waisenpensionen zur Begutachtung ausgesandt, jedoch auf Ersuchen des Finanzministeriums im Interesse einer bundeseinheitlichen Regelung zurückgestellt. Nach Bildung der neuen Bundesregierung konnte sehr rasch, bereits am 21. Mai, eine Einigung erzielt werden, die nun dem Wiener Gesetz zugrundeliegt. In einem wesentlichen Punkt geht die Wiener Lösung allerdings über die Regelungen im Bund und den anderen Ländern hinaus, weil hier die Erhöhung der Waisenrenten bereits um ein Jahr früher vorgenommen wird.

Das Gesetz bestimmt, daß die Witwenrenten ab 1. Juli 1970 auf 55 Prozent und ab 1. Juli 1971 auf 60 Prozent erhöht werden. Die Waisenrenten werden ab 1. Juli 1970 um 20 Prozent erhöht.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnete die vorliegende Novelle als bedeutendsten gesetzgeberischen Akt des Landtages in den letzten Jahren. Seine Fraktion habe in den letzten fünf Jahren drei entsprechende Anträge eingebracht, die jedoch abgelehnt wurden.

Abg. Lausecker (SPÖ) verwies auf die langjährigen Bemühungen der Gewerkschaften um diese Regelung, die von dem Gedanken ausging, daß nach dem Ableben eines Beamten nicht alle Ausgaben der Witwe für die Haushaltsführung halbiert werden, sondern zum Teil - etwa die Miete - unverändert hoch bleiben. Die Regelung für die öffentlich Bediensteten konnte aber natürlich nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Regelung erreicht werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

#### Dringliche Anfrage

Einer Anfrage der ÖVP an Landeshauptmann Marek, die Schließung von Polizeiwachzimmern betreffend, wurde die Dringlichkeit von allen Parteien zugesprochen. Dabei kam es zu erhitzten Debatten.

Abgeordneter Dr. Glätzl ( V ) eröffnete mit einer kurzen Begründung die Dringlichkeit: In der Bevölkerung mache sich Unruhe darüber bemerkbar, weil die Sicherheit in Wien nicht mehr gewährleistet sei.

Der Wortlaut der dringlichen Anfrage:

1.) Was hat der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien bisher unternommen, um die Schließung von Polizeiwachzimmern hintanzuhalten?

2.) Ist der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien bereit, bei der Bundespolizeidirektion Wien vorstellig zu werden und in Interesse der örtlichen Sicherheit die Schließung weiterer Wachlokale zu unterbinden?

Als erster Debattenredner hatte sich wiederum Dr. Glätzl zu Wort gemeldet. Er zitierte die "Neue Zeitung", daß die Umwandlung zu Ein-Mann-Wachzimmern nur eine Vorstufe zur gänzlichen Auflösung sei. Die Schließung einer Reihe von Wachzimmern in letzter Zeit sei besorgniserregend.

./.

Die Furcht der älteren Leute werde immer größer. Als besonders eklatantes Beispiel nannte der Redner das Wachzimmer Waidhausensstraße, das als Großraumwachzimmer seiner Bestimmung übergeben wurde und am 6. Juli zugesperrt worden sei. Eine bessere Zusammenarbeit mit dem Innenministerium müsse in Zukunft möglich sein. Die Funkstreifen können das Wachzimmer nicht ersetzen, meinte Dr. Glatzl. Die Beamten in den Wachzimmern sind nicht nur für die Sicherheit der Bevölkerung da, sondern haben auch viele andere Aufgaben, denen die Funkstreifenpolizisten nicht gerecht werden können. Er habe das Gefühl, daß die Schließung von Wachzimmern nur als Vorwand für die Abschaffung des sogenannten "Dreieradls" dienen soll. Seine Anregung, es müsse doch möglich sein, den Personalmangel bei der Polizei durch Bedienstete der Stadt Wien zu beheben, erregte Heiterkeit. Zwischenruf von Vizebürgermeister Slavik: "Vielleicht finden Sie in der Landesparteizentrale Leute, die Polizisten werden wollen!"

Die Heiterkeit schlug aber schnell in Empörung um, als Dr. Glatzl davon sprach, man solle weniger die "Kaminplauderei" über Privilegienabbau pflegen und mehr für die Behebung des Personalmangels bei der Exekutive tun. Slavik: "Sie sind also für die Privilegien?"

Dr. Tuma (DFP) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß diese Anfrage von allen Parteien unterstützt wurde. Das Problem sei wirklich so ernst, daß es in diesem Plenum einmal offen zur Sprache gebracht werden müsse.

Es gibt Gebiete in unserer Stadt, wo Mädchen und Frauen sich abends nicht mehr auf die Straße trauen, malte Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) in düsteren Farben. Beim Schnellbahnhof Landstraße treibe sich lichtscheues Gesindel herum, und belästige die Bürger. Der Vorschlag, ein Wachzimmer einzurichten, sei auf taube Ohren gestoßen. Abschließend erinnerte er an frühere Anfragen der FPÖ und appellierte an die Initiative des Landeshauptmannes.

Landeshauptmann Marek (sarkastisch): "Das ist eine Förderung des Fremdenverkehrs!"

./.

In die gleiche Kerbe hieb Abg. Lausecker (SPÖ): Es werde der Stadt und dem Fremdenverkehr wahrlich kein Dienst erwiesen, wenn man davon spricht, daß in unserer Stadt die Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Es könne auch den Vertretern der anderen Parteien nicht entgangen sein, daß Wien im Vergleich zu anderen Großstädten viel weniger um Ruhe und Ordnung besorgt sein muß. Der Landeshauptmann stehe in ständigem Kontakt mit den Sicherheitsbehörden des Landes und informiere sich wöchentlich über all diese Probleme.

Für den Personalmangel bei der Polizei könne wahrlich nicht die Stadt Wien verantwortlich gemacht werden. Natürlich sei die Tatsache, daß in Wien rund 400 Polizeibeamte fehlen, nicht gerade erfreulich und ein ernstes Problem. All das dürfte jedoch nicht zum Gegenstand politischer Effekthascherei gemacht werden.

Dr. Glatzls Ausführungen zum Wachzimmer in der Waidhausenstraße seien überdies sachlich unrichtig. Das Wachzimmer sei nicht zugesperrt worden. Die Beamten machen in diesem Wachzimmer künftig lediglich Innendienst. Wien stehe mit dem Problem des Personal Mangels bei der Exekutive nicht allein da. Alle Bundesländer haben genau die gleichen Sorgen. Als Beispiel führte er an, daß in den letzten vier Jahren rund 140 Gendarmerieposten zugesperrt werden mußten.

Abg. Müller (DFP) behauptete, Landeshauptmann Marek habe in der Beantwortung einer Anfrage der DFP zum gleichen Thema vor längerer Zeit gemeint, "das ganze Problem sei nicht der Mühe wert". "Das ist eine Unterstellung, davon war keine Rede", konterte Marek. Der Redner meinte weiters, das Personalproblem bei der Polizei sei deswegen so akut geworden, weil die Leitung versagt habe.

Landtagspräsident Dr. Stemmer gab bekannt, daß die Beantwortung der dringlichen Anfrage schriftlich erfolgen werde und schloß nach einstündiger Dauer die Landtagssitzung. (Schluß)

Wiener Gemeinderat  
=====

Wien, 10.7. (RK) Nach dem Landtag trat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek der Wiener Gemeinderat zur letzten Geschäftssitzung vordem Sommerferien zusammen. Es lagen drei Anfragen der FPÖ vor.

Subvention für Raimundtheater

Für die Bespielung des Raimundtheaters im August im Rahmen des kulturellen Sommerprogramms beantragte GR. Ascherl (SPÖ) eine Subvention von 300.000 Schilling.

GR. Wiesinger (SPÖ) gab nähere Erläuterungen zum kulturellen Sommerprogramm der Stadt Wien, das heuer insgesamt 129 Veranstaltungen, darunter 21 Konzerte im Arkadenhof, 34 Palaiskonzerte, Strauß-Konzerte vor dem Oberen Belvedere und dem Volksgarten sowie Blasmusikkonzerte in den Außenbezirken vorsieht. Besonders im Arkadenhof soll der internationale Dirigentennachwuchs eine Chance erhalten. 15 Konzerte, die jeweils eine Rossini-Ouvertüre, eine Haydn-Symphonie und das Werk eines Romantikers auf dem Programm haben, bieten Vergleichsmöglichkeiten. Schwerpunkte des Sommerprogramms sind neben der großen Beethoven-Ausstellung im Rathaus die "Lustige Witwe" im Theater an der Wien und die Lehar-Operette "Paganini" im Raimundtheater. Insgesamt rund drei Millionen Schilling werden heuer für kulturelle Sommerveranstaltungen (die im Vorjahr 75.000 Besucher zählten) ausgeworfen. Der Redner ersuchte auch die Presse, diese Veranstaltungen durch ihre Berichterstattung zu unterstützen.

Der Berichterstatter verzichtete auf das Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Bausperre in Margareten

GR. Hermine Fiala (SPÖ) berichtete über eine Bausperre für einen großen Teil des 5. Bezirkes. Zweck der Maßnahme - der auch der Fachbeirat für Stadtplanung bereits zugestimmt hat - soll es sein, eine Verbauung zu verhindern, die spätere städtebauliche Ziele unmöglich machen würde, so etwa die Schaffung einer optimalen Straßenverbindung zwischen dem 4., 5. und 6. Bezirk.

Als Debattenredner bezeichnete GR. Dr. Wolfram (FPÖ) die Bausperre als nur teilweise berechtigt. Sie hindere außerdem die Gewerbetreibenden am Ausbau ihrer Betriebe.

Im Schlußwort erklärte die Berichterstatterin, Ansuchen um Betriebsausbau könnten durchaus auch während der Bausperre genehmigt werden, wenn sie das Gesamtkonzept nicht behinderten.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

#### Großkraftwerk Donaustadt

GR.Schemer (SPÖ) legte den Antrag vor, ein 175.000 Quadratmeter großes Gebiet im Bereiche des sogenannten Steinsporns im 22. Bezirk als Bauplatz für öffentliche Zwecke zu widmen. Dort wird das neue Großkraftwerk Donaustadt gebaut, dessen Errichtung der Gemeinderat am 22. November 1968 beschlossen hat.

GR.Müller (DFP) beantragte, das Geschäftsstück von der Tagesordnung abzusetzen. Dampfkraftwerke seien nicht mehr zeitgemäß, der Bau eines solchen Werkes auf dem vorgesehenen Platz widerspreche überdies den Grundsätzen des Naturschutzes.

GR.Schemer unterstrich im Schlußwort, daß das Gebiet des Gebiet des Steinsporns schon vor Jahrzehnten den Charakter einer Aulandschaft verloren hat. Es war von Siedlern landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt. Mit diesem Siedlern wurde das Einvernehmen hergestellt, und sie wurden zufriedenstellend entschädigt. Das genannte Gebiet ist für die Errichtung eines Kraftwerkes besonders geeignet, weil der rasch wachsende Strombedarf der Bezirke am linken Donauufer dadurch in einer besonders günstigen Weise befriedigt werden kann, weil die Versorgung mit Kühlwasser durch die Donau einfach ist und weil die Anlieferung von Erdgas auf kürzester Strecke möglich ist.

Abstimmung: Der DFP-Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, FPÖ abgelehnt. Der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ein Pavillon für entwicklungsgestörte Kinder

GR.Lehner (ÖVP) referierte über den Neubau eines Pavillons zur Unterbringung entwicklungsgestörter Kinder im Bereich des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel. Man rechnet mit einem Kostenaufwand von 45 Millionen Schilling, wovon als erste Baurate heuer bereits fünf Millionen vorgesehen sind. Die Vorarbeiten haben sich etwas in die Länge gezogen, nun sind wir aber in der glücklichen Lage, an die Verwirklichung dieses Vorhabens herangehen zu können. Derzeit ist die Abteilung in einem unzureichenden Objekt des Altersheimes Lainz untergebracht. Die geplante Abteilung wird mit einer klinischen und einer heilpädagogischen Station ausgestattet und eine Sonderschule und einen Sonderkindergarten enthalten.

GR.Dr.Zeman (SPÖ) verweist darauf, daß es Zweck einer solchen Anstalt sei, gestörte Kinder durch entsprechende Behandlung der Gesellschaft und der Familie einzugliedern. In der neuen Anstalt am Rosenhügel sollen Kinder bis zum 16. Lebensjahr behandelt werden. Der Pavillon mit den Ambulanzen, Untersuchungs- und Behandlungsräumen wird den modernsten Anforderungen entsprechen. Da die Aufenthaltsdauer der Kinder in der Anstalt vielfach eine lange sein wird, hat man auch für Schulunterricht und einen Kindergarten vorgesorgt. Die Verkehrswege im Freien sind zum Teil beheizt, um Glatteisbildung zu vermeiden. Um Unfälle zu vermeiden, gibt es nur Sitzbadewannen und keine Vollbäder. Personal und Lehrkräfte werden ungeheuren seelischen und moralischen Belastungen ausgesetzt sein. Es wird mit größter Sorgfalt ausgewählt werden müssen.

Am Rosenhügel wird auch eine besondere Art der Untersuchung, nämlich die der Chromosomen möglich sein. Es wird nur mehr eine Frage der Zeit sein, anhand der Chromosomen sagen zu können, welche Erkrankung vorliegt und als nächster Zug, anhand von Chromosomenveränderungen auch die Krankheit zu beeinflussen. Ein großer Teil der gestörten Kinder wird durch die entsprechende Behandlung wieder der Gesellschaft eingegliedert werden können.

GR.Lehner dankt im Schlußwort Stadtrat Glück und seinen Mitarbeitern für die Verwirklichung dieses Projektes.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

./.

Pflegegebühren

Über die Erhöhung der Pflegegebühren in den städtischen Altersheimen referierte GR. Pöder (SPÖ): Der steigende Aufwand mache eine Erhöhung unbedingt notwendig. Die Pflegegebühren in den Altersheimen seien gegenüber den Gebühren in den Krankenhäusern zurückgeblieben. Ein Ausgleich sei daher unbedingt erforderlich.

Die Erhöhung auf 60 Schilling mache 20 Prozent aus, stellte GR. Lehner (ÖVP) in der Debatte fest. Die Erhöhung in diesem Ausmaß bleibt von allen unbestritten, meinte der Redner.

Zur Situation: Die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von alten Menschen in Heimen werden immer größer. Vor fünf Jahren waren rund 276.000 Menschen älter als 65 Jahre, Ende 1969 waren es bereits 326.000 Personen, davon 215.000 Frauen.

Lehner setzte mit weiteren statistischen Zahlen fort, um den Ernst der Situation zu untermauern: In Wien leben derzeit rund 105.000 alte Menschen, die ohne Betreuung und völlig auf sich allein gestellt sind.

Auch der Kontrollamtsbericht zeige, wie explosionsartig sich dieses Problem ausweitete. Der Bericht weist 800 alte Mitbürger auf der Warteliste für die Altersheime aus. In der Zwischenzeit seien es bereits 1.200. Täglich werden in den Altersheimen im Durchschnitt zwölf Plätze frei, zur gleichen Zeit erfolgen jedoch 60 Interventionen.

Eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern, sah GR. Lehner in der Umwandlung der Altersheime in Alterskrankenhäuser. Er stellte diesbezüglich einen Antrag. Die Aufgaben der Altersheime sollen künftig die Pensionistenheime erfüllen.

Der Vorwurf des Redners, die Rathausmehrheit wende dem Problem zu wenig Aufmerksamkeit zu, erhitzte die Gemüter, als er als Beispiel für die Verkennung der Situation die Ablehnung einer Straßensammlung der Caritas Socialis für alte Menschen anführte. Bürgermeister Marek verwahrte sich gegen die Zitierung einer Anfragebeantwortung zu diesem Thema, die seiner Meinung nach aus dem Zusammenhang gerissen war und die Dinge falsch darstellte. Er machte darauf aufmerksam, daß auch zum Beispiel eine Sammlung der Volkshilfe abgelehnt werden mußte, weil der gesetzgeberische Rahmen nichts anderes zuließ.

Lehners Bemerkung, die Rathausmehrheit habe auf diesem Gebiet seit 1945 viel zu wenig getan, löste minutenlange Zwischenrufe und einen richtigen Sturm in den Bänken aus. Stadträtin Maria Jacobi: "Das Ressort eines ÖVP-Stadtrates! Er hat bisher so wenig Initiativen gezeigt, daß nun die Bildung einer Kommission zur Lösung dieses Problems notwendig war!"

Im Schlußwort griff Berichterstatter GR. Pöder dieses Argument der Sozialisten neuerlich auf. Er machte der ÖVP den Vorwurf, dieses alle angehende Problem in die Parteipolitik gezogen zu haben. Zum Vorschlag GR. Lehners, aus den Krankenpflegeschulen Pfleger und Pflegerinnen für den geriatrischen Dienst zu mobilisieren und Pflegerinnen ausschließlich für den geriatrischen Dienst auszubilden, meldete der Berichterstatter Bedenken an.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

#### Olah-Mandat

Einstimmig beschloss sodann der Gemeinderat (die Vertreter der DFP hatten den Saal verlassen) den Antrag an den Verfassungsgerichtshof, Franz Olah möge seines Mandates als Gemeinderat und Landtagsabgeordneter von Wien verlustig erklärt werden. Stadtrat Dkfm. Hintschig wies darauf hin, daß der Oberste Geridtschhof am 23. Juni 1970 die Verurteilung Franz Olahs durch das Wiener Landesgericht vom 28. März des Vorjahres - ein Jahr Kerker wegen Betruges - bestätigt und daher Olah für fünf Jahre nach Beendigung der Strafe das Wahlrecht verloren habe. Diese Situation sei eindeutig durch die geltenden Gesetze so geregelt, daß Olah sein Mandat mit 24. Juni verloren habe.

Als einziger Debattenredner wies Dr. Tuma (DFP) auf die Bedeutung und früheren Verdienste Olahs hin und erklärte, die Vertreter der DFP würden vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Stadtrat Hintschig verzichtete mit dem Hinweis auf das Schlußwort, der Debattenredner habe in keiner Weise zu dem vorliegenden Antrag Stellung genommen.

Schulbau

Die grundsätzliche Genehmigung eines Schulneubaus in der Steinerstraße/Canavesegasse in Atzgersdorf beantragte GR. Herbert Mayr (SPÖ).

GR. Ascherl (SPÖ) unterstrich die Bedeutung des Schulprogramms der Stadt Wien, das noch nie einen so großen Umfang hatte und auch in den kommenden Jahren hohe Anforderung stelle. Bis 1980 sei mit einem Mehrbedarf von 1800 bis 2000 Klassen an den Pflichtschulen zu rechnen. Die Schülerzahl, die im Schuljahr 1970/71 bei 105.000 liegen wird, werde bis 1975 auf 115.000 steigen. Am Beispiel der Großfeldsiedlung, in der 1969/70 auf drei Wohnungen zwei schulpflichtige Kinder treffen, aber 1974/75 bereits auf zwei Wohnungen drei Kinder, demonstrierte der Redner die rasante Entwicklung. Mobile Klassenzimmer (22 sind bereits in Einsatz und haben sich bewährt, 1970/71 kommen weitere 24, die nun in verbesserter Konstruktion von einer steirischen Firma hergestellt werden, hinzu), Schulen mit flexiblen Wänden und neue Schultypen, die sich bei Bedarf in ein Wohnhaus verwandeln lassen, seien neue Lösungen zur Bewältigung des Problems.

Derzeit seien 14 Schulen im Bau bzw. in Ausbau, 22 in Planung. Acht neue Pflichtschulen stehen im kommenden Schuljahr zur Verfügung, dazu kommen drei Erweiterungsbauten. Für Schulinrichtungen wurden in letzter Zeit insgesamt 5,5 Millionen Schilling ausgeworfen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sei Wien in der glücklichen Lage, keinen Wechselunterricht durchführen zu müssen.

Der Referent verzichtete auf das Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Erdgas: Kostenübernahme für Sozialfälle

GR.Konir (SPÖ) berichtete von der geplanten Kostenübernahme in der Erdgasumstellung bei Sozialfällen: Neuanschaffung von Kochgeräten sowie Umbau oder Neuanschaffung von anderen Gasgeräten sollen von der Stadt Wien übernommen werden. Bedingung: Es muß sich um einen Sozialfall handeln, das heißt, die Einkünfte dürfen die Richtsätze der Fürsorge oder der Ausgleichszulage nicht - oder nicht wesentlich - übersteigen. Erster Betrag: 2,3 Millionen Schilling, noch im Budget des Jahres 1970.

In der Debatte meinte GR.Dr.Schmidt (FPÖ), die Rationalisierungsmaßnahmen der Gaswerke, der höhere Heizwert des Erdgases und die zu erwartende Bedarfssteigerung rechtfertigten eigentlich die Forderung nach einer zehnpromzentigen Senkung des Gaspreises. Statt dessen wäre richtiger, den Begriff "Sozialfall" weiter als im Antrag vorgesehen auszudehnen. Er legte einen Antrag der FPÖ vor: Sozialfall ist, wer allein nicht mehr als 2000, mit Ehegattin nicht mehr als 3000 Schilling monatlich verdient. Dazu für jede andere Person im Haushalt 600 Schilling monatlich.

GR.Hans Mayr (SPÖ) stellte fest, daß sich die Zahl der Sozialfälle in Wien auf etwa 90.000 belaufen werde. Die in September dieses Jahres beginnende Umstellung von 1000 Haushalten in der Woche werde davon 140 Sozialfälle aufweisen. Der betroffene Personenkreis müsse allerdings beim jeweiligen Bezirksfürsorgeamt einen entsprechenden Antrag stellen.

Zur Ertragslage der Gaswerke meinte Mayr, so stark sei der zu erwartende Bedarfszuwachs gar nicht. Wien sei auf dem Kochsektor wohl die "gasversorgteste" Stadt Europas. Ausweitungen seien nur bei der Gasheizung zu erwarten. Der Nachteil dabei: Die dadurch auftretende "Winterverbrauchsspitze" werde gewaltige Investitionen zur Schaffung von Lagernöglichkeiten erfordern.

In übrigen spreche der Antragstext eine klare Sprache: Die von der FPÖ geforderte Ausweitung des Personenkreises der Sozialfälle sei ja durch den Passus "oder nur in den Ausnahm

übersteigt..." bereits gegeben. Die Fürsorgebeamten würden auf diesem Gebiet zuerst einmal Erfahrungen zu sammeln haben. Mit einem starren Festhalten an den Fürsorge- oder Ausgleichszulagen-Richtsätzen sei nicht zu rechnen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Sachkrediterhöhung für Fernwärnewerk Spittelau

Stadtrat Pfoch (SPÖ) beantragt eine Sachkrediterhöhung für den 1. und 2. Bauabschnitt des Fernwärnewerkes Spittelau um 132,9 Millionen auf 532,9 Millionen. Der Wiener Gemeinderat habe den grundsätzlichen Beschluß für die Errichtung dieses Werkes bereits 1965 gefaßt. Die Arbeiten für die beiden Bauabschnitte gehen nun ihren Ende entgegen. Die Erhöhungen betragen ua. auf dem Bausektor 19,5 Millionen, auf dem maschinentechnischen Gebiet 58,5 Millionen, im Bezug auf die Errichtung der Fernwärmeleitungen 15,7 Millionen und für schalttechnische Belange rund 10 Millionen. Es werden jedoch verschiedene Geräte, wie eine fahrbare Heiz- und Kesselanlage, deren Ankauf gleichfalls zur Sachkrediterhöhung beitragen, auch nach der Fertigstellung des Fernwärnewerkes anderswo verwendet werden können.

GR.Prof.Dr.Wolfram (FPÖ) verlangt eine bessere Kostenschätzung, die selbstverständlich auch ein Ansteigen der Material- und Lohnkosten berücksichtigen müßte. Wir erleben hier immer wieder die gleichen Erscheinungen: zunächst Kostenschätzungen mit relativ niedrigen Preisen und dann beträchtliche Überschreitungen. Eine Kostenschätzung, die nicht annähernd an die Gesamtkosten herankommt, sei aber wertlos. Ebenso müßten falsche Planungen vermieden werden. So wollte man ursprünglich das Kesselhaus in Beton errichten, die Ausführung erfolgte dann aber in Stahl, und das zu einer Zeit, als die Stahlpreise innerhalb eines Jahres um 40 Prozent gestiegen waren. Die Kosten für den Kühlturm waren bei der ursprünglichen Planung überhaupt nicht vorgesehen.

Es sei unverständlich, daß die ÖVP Klage über ungenügende Information führe. Sie habe zum Unterschied zu

den Freiheitlichen, der seinerzeitigen Gründung der Heizbetriebe-Gesellschaft zugestimmt.

Einen nicht vertretbaren Aufwand stelle die Errichtung und Ausstattung der sechseckigen Kanzel dar, die außen und innen mit teuren eloxierten Metallplatten ausgestattet und mit einem Boden aus acht Zentimeter dicken Bleiplatten versehen wurde.

Es ist zu befürchten, daß ein Weiterarbeiten in bisherigem Tempo nochmals zu Sachkrediterhöhungen führen werde.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) führte verschiedene Umstände an, die seiner Meinung nach den Verdacht der Fehlplanung beim Bau des Fernwärmewerkes aufkommen lassen: Das Grundstück wird als zu klein bezeichnet, die Baukosten für den Schornstein stiegen gegenüber der ursprünglichen Annahme um 84 Prozent, der Kühlturm war ursprünglich nicht vorgesehen, ebensowenig 25 Millionen für die Heißwasserverrohrung und die Anlagen für Sperr-, Spital- und Altmüll. Hingegen sah die ursprüngliche Planung einen Erdgasanschluß vor, der jetzt nicht hergestellt wird. Offenbar wurden auch vorher keine Bodenuntersuchungen durchgeführt, wie sie vor jedem kleinen Wohnhausbau üblich sind.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) erinnerte daran, daß die Beengtheit des Grundstückes von Anfang an bekannt war. Da jedoch die Anlage in der Nähe des Allgemeinen Krankenhauses gebaut werden mußte, blieb keine andere Möglichkeit, weil kein geeigneteres Grundstück verfügbar war. Das Fernwärmewerk Spittelau wird eines der größten Werke Europas und findet heute schon bei der Fachwelt größtes Interesse. Vor einigen Tagen wurde es sogar von einer Delegation aus Osaka besucht. Ursprünglich sollten 90 bis 100 Gigakalorien plus einer fünfzigprozentigen Reserve als Ziel gesetzt werden, später erhöhte man die angestrebte Wärmemenge im Interesse einer wirtschaftlicheren Betriebsführung auf 200 Gigakalorien. Die erste Wiener Müllverbrennungsanlage kostete 256 Millionen, verbrennt täglich 600 Tonnen Müll und erzeugt täglich 20 Gigakalorien Wärme. Die erste Ausbaustufe des Werkes Spittelau, die in wenigen Wochen den Betrieb aufnehmen wird, kostet 288 Millionen, wird täglich 720 Tonnen Müll verbrennen und mit der zusätzlichen Ölverfeuerung 60 Gigakalorien Wärme erzeugen.

Mit geringen Markkosten wird also die dreifache Leistung erbracht. Gewiß wurden während des Baues noch Veränderungen der Planung vorgenommen - aber warum soll man auf etwas verzichten, das man noch rechtzeitig während der Arbeit als richtig erkennt.

Zur Kritik an der Kanzel an Schornstein stellte GR. Ing. Hofstetter fest, daß diese nicht architektonischen Zwecken diene, sondern für Aufzüge notwendig sei, die Reparaturarbeiten ohne Störung des Betriebes ermöglichen. Auch die Kritik am Bautempo sei unberechtigt. Es gebe kaum ein anderes Werk in Europa, bei dem 260 Arbeitskräfte an der Baustelle und weitere 100 in den Zulieferbetrieben gleichzeitig beschäftigt sind. Während des Höhepunktes der Arbeiten wurde täglich eine Million Schilling verbaut. Die Kritik der ÖVP entspringe offenbar der Taktik, gegen alle Großprojekte der Stadt Wien vorzugehen und ihre Verzögerung anzustreben.

GR. Dr. Goller (ÖVP) bezeichnete die Vorgänge um das Spittelauer Werk als undurchsichtig. Am 24. Jänner 1969 wurden für den dritten Bauabschnitt 250 Millionen grundsätzlich genehmigt, die zum Teil in den folgenden Jahren aufgebracht werden sollten. Im Voranschlag für das Jahr 1970 ist jedoch von diesem Betrag, der damals auf Antrag von Stadtrat Heller beschlossen wurde, "kein luckerter Heller" zu finden. Weitere 75 Millionen wurden für die Leitung zum Dianabad bewilligt. Wo sind diese zusammen 325 Millionen? Wurden sie ohne Beschluß und Kontrolle an die in Oktober 1968 gegründeten Heizwerke transferiert? Oder haben sie sich in Luft aufgelöst?

Die Absicht, ein Verwaltungshochhaus der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H zu bauen, wurde entschieden dementiert. Jetzt steht in der Spittelau ein vermutlich sechzehnstöckiges Verwaltungsgebäude vor der Dachgleiche, das, wie man hört, 72 Millionen kostet. Wer hat das beschlossen?

Als wohl größte Fehlleistung bezeichnete Dr. Goller die Streichung der ursprünglich geplanten Erdgasleitung. Bei den Kunden wirbt man jetzt für Erdgas, beim Fernwärnewerk, dem "größten Ofen Wiens", verzichtet man darauf. Mit einer Art Salanitaktik wurden immer größere Mittel für das Spittelauer Werk verlangt, jetzt hält man bei 896,9 Millionen und es gibt

Schätzungen von 1,2 Milliarden. Aus dem ursprünglichen 400 Millionen-Projekt wurde ein Milliardenprojekt. Es gehe hier um Fehlplanungen, Fehleinschätzungen, Unklarheiten in der finanziellen Situation und nicht beschlossene finanzielle Transaktionen. Der Redner stellte den Antrag, die Stadt Wien möge den Rechnungshof um einen Einschaubericht über die Heizbetriebe ersuchen.

Stadtrat Pfösch wandte sich in Schlußwort gegen die aufgestellten Behauptungen. Nichts sei undurchsichtig, alles liege offen da. Ein solches Werk besteht in Mitteleuropa nicht, die Stadt Wien hat Neuland betreten und damit sind zwangsläufig gewisse Risiken verbunden. Es wäre natürlich möglich, bei einer Kostenberechnung Reserven für unvorhergesehene Ausgaben und für die voraussichtlichen Preis- und Lohnerhöhungen vorzunehmen. Damit würde aber den Steigen des Preis-Lohn-Niveaus vielleicht noch Vorschub geleistet. Die Stadt Wien schlägt den unbequeneren Weg ein, knapp zu kalkulieren und dann, wenn mehr Geld nötig ist, diesen Mehrbedarf zu begründen.

Bei der Verteuerung des Schornsteins fallen in erster Linie die nicht vorhersehbaren Mehrkosten für die Fundamentierung ins Gewicht. Die Umstellung auf Erdgas ist jederzeit möglich, hier gibt es keine Fehlleistung. Die Beengtheit des Zwetschkerns, der als Korsett für den Bau empfunden wird, war von Anfang an bekannt, aber es gab keinen anderen geeigneten Bauplatz. Stadtrat Pfösch erinnerte abschließend an die zahlreichen Angriffe auf Wiens erste Müllverbrennungsanlage, die heute durch die Praxis widerlegt sind.

Zu einer Auseinandersetzung mit zahlreichen Zwischenrufen kam es um die Frage, welche Summe als zweiter Betrag für das Spittelauer Werk genehmigt wurde. In den Unterlagen für die heutige Sitzung ist von 200 Millionen die Rede, GR. Dr. Goller hatte dies in seinem Diskussionsbeitrag als falsch bezeichnet, weil 205 Millionen bewilligt worden seien. Stadtrat Pfösch bestritt dies. Daraufhin meldete sich GR. Dr. Goller zu einer sachlichen Berichtigung zu Wort und las aus dem Protokoll der Sitzung vom 14. April 1967 vor, Daraus geht hervor, daß damals 200 Millionen für den Bau und weitere 5 Millionen für Planungs- und Vorarbeiten bewilligt wurden.

Stadtrat Pfoch stellte dazu fest, daß dies eben zwei verschiedene Beschlüsse waren und die Anführung von 200 Millionen als damals beschlossene Baurate somit den Tatsachen entspricht.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

#### Sommerbad Liesing

GR. Schreiner (SPÖ) beantragte für Erneuerungsarbeiten im Sommerbad Liesing eine Erhöhung des genehmigten Sachkredites von 5,5 Millionen Schilling um 1,63 Millionen auf 7,13 Millionen Schilling. Begründung: Außer dem Neubau der Kabinen- und Kästchentrakte wurden unter anderem Gehsteig-, Kanal- und Installationsarbeiten sowie die Erneuerung des Buffets notwendig.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) verlangte, daß künftig die Beamten derlei Kostenschätzungen sorgfältiger durchführen mögen. Mit solchen Fehleinschätzungen mache sich der Magistrat lächerlich.

In seinem Schlußwort gab der Referent zu bedenken, daß bei der Instandsetzung alter Objekte immer noch eine Reihe notwendiger Erneuerungsarbeiten auftauchen, die sich von vornherein nicht abschätzen lassen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

#### Großgrünmarkt Inzersdorf

Stadtrat Dr. Prutscher referierte über den Großmarkt Wien-Inzersdorf. Der Jahresumschlag des Großgrünmarktes dürfte zwei Milliarden betragen. 730 Firmen werden etwa zwei- bis viertausend Dienstnehmer beschäftigen. Neben der bereits im Herbst 1969 fertiggestellten Blumengroßmarkthalle soll der Markt ein Verwaltungszentrum mit Restaurant erhalten. Für den Verkauf sind 24 Hallen vorgesehen, die je zehn bis 13 Verkaufskojuen beherbergen. Von diesen 24 Hallen sollen vorerst 18 gebaut werden. Die restlichen sechs bleiben einer späteren Ausbaustufe vorbehalten. Weiter sind sechs Hallen vorgesehen, die Gleisanschluß haben. Drei weitere Hallen, die unterkellert sind, sollen erst dann gebaut werden, wenn die Garantie gegeben ist, daß die Anmeldungen dafür tatsächlich eine längere Benützungszeit garantieren. Insgesamt sind für den Markt drei Gleisanschlüsse vorgesehen. Der Funktionsplan des Großgrünmarktes wurde seit 1967 entscheidend verbessert. Auf Grund der

Erfahrungen anderer Märkte wurden die Fahrstraßen zwischen den Ständen sehr stark verbreitert. Die Käufer können mit ihrem Fahrzeug von Stand zu Stand fahren. Die Gesamtkosten für den Bau des Großmarktes betragen 478 Millionen Schilling.

Der Stadtrat wies darauf hin, daß durch den Neubau die Konzentration des Marktgeschehens in Wien möglich gemacht werde. Er rechnet damit, daß im Jahr rund 200.000 Tonnen auf diesem Markt angeboten werden. Ein weiterer Vorteil: Die Verkehrssituation rund um den Naschmarkt wird sich nach Fertigstellung des neuen Großmarktes wesentlich bessern.

Die Grundfreimachung sei beim Großmarkt Inzersdorf besonders schwierig gewesen, erinnerte GR. Seeböck (SPÖ) in der Debatte. Er appellierte an die landwirtschaftliche Genossenschaft für Obst- und Gemüseverwertung, sich dieser Konzentration des Marktgeschehens anzuschließen. Es sei eigentlich bedauerlich, daß die Genossenschaft sich bisher noch nicht für den neuen Großmarkt angemeldet habe. Die vier kleinen Märkte in Wien und in Mannswörth sollten eigentlich bald der Vergangenheit angehören.

GR. Jedletzberger (ÖVP) stellt fest, daß wir in absehbarer Zeit in Wien-Inzersdorf einen modernen Großmarkt haben werden, der von großer wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Stadt sein wird. Die erste Ausbaustufe, nämlich der Blumengroßmarkt, ist gut gelungen und bewährt sich bestens. Von Vorteil sei es, daß auf dem Großmarkt neben den Baulichkeiten der Stadt Wien auch Spezialbetriebe ihre Betriebsstätten errichten können. Die Ansiedlung der landwirtschaftlichen Gemüsegenossenschaft Wien, die 75 Prozent aller Wiener Erzeuger umfaßt, ist nach wie vor beabsichtigt. Die Frage ist nur, in welcher Form und wie die finanziellen Probleme gelöst werden können. Auch auf dem Marktsektor erfolgte eine bedeutende Modernisierung. So wird es vielleicht in Zukunft möglich sein, mit Hilfe des Fernsehens eine Auktion durchzuführen und die Ware gleich dorthin zu liefern, wo sie gebraucht wird. Verkehrstechnisch liege der Markt sehr gut. Er wird sich auch wirtschaftlich günstig auswirken.

Stadtrat Dr. Prutscher im Schlußwort: Der Transport werde immer mehr durch LKW übernommen, für Gleisbauten sollten daher nicht zu hohe Beträge aufgewendet werden. Der Autobus ist deshalb so schwach besetzt, weil man ihn erst nach dreimaligen Umsteigen erreichen kann. Bisher wurde jedoch noch keine entsprechende Lösung gefunden, die für die Verkehrsbetriebe tragbar und für die Benützer zufriedenstellend wäre.

Die Standmieten sind keine von Gemeinderat beschlossenen Preise, sondern Richtpreise, auf Grund derer erst festgestellt werden soll, wie groß die Flächen sind, die von den Geschäftsleuten benötigt werden. Den Interessenten sollen sie als Anhaltspunkte dienen, wie groß sie ihren Stand machen wollen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Hierauf hielt Bürgermeister Marek die Schlußansprache.  
(Siehe RK-Blatt 2099 bis 2101).

Ende des Sitzungsberichtes.

- - -

Gesperrt bis Sitzungsende!Schlußansprache des Bürgermeisters  
=====

Wien, 10. 7. (RK) Am Schluß der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates vor den Sommerferien hielt Bürgermeister Bruno Marek die traditionelle Ansprache. Er führte dabei aus:

"Ich möchte den Anlaß wahrnehmen, um Ihnen, meine Damen und Herren, für die ersprießliche Arbeit zu danken, die Sie in den abgelaufenen Monaten geleistet haben; eine Tätigkeit, die zum größten Teil abseits des grellen Lichtes der Öffentlichkeit in den Ausschüssen des Gemeinderates, in seinen Unterausschüssen und Kommissionen entfaltet worden ist.

Ich darf bei dieser Gelegenheit feststellen, daß der Gemeinderat die Verwirklichung seines Arbeitsprogrammes zügig fortgesetzt hat. Ich erinnere an die Beschlüsse, die zur Erhaltung der Wirtschafts- und Finanzkraft unserer Stadt gefaßt wurden. Wir haben neue Betriebsbaugebiete aufgeschlossen - und werden dies auch weiterhin tun -, in denen sich neue Industrien ansiedeln können, und hoffen, daß diese Maßnahmen im Zusammenhang mit unseren vorteilhaften Kreditaktionen für Handel, Gewerbe und Industrie dazu beitragen werden, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung unserer Stadt zu sichern.

Wir haben den Bau von tausenden neuen Wohnungen für die Wienerinnen und Wiener in die Wege geleitet, verbunden mit der Schaffung neuer Kindergärten, Schulen und Versorgungseinrichtungen. Wir sorgen für die Instandhaltung und Verbesserung der Einrichtungen für unsere betagten und kranken Mitbürger, und haben mit dem heute erfolgten Beschluß über den Bau einer Sonderabteilung für entwicklungsgestörte Kinder - das darf ich ohne Übertreibung sagen - eine menschliche Großtat zum Wohle dieser Kinder und ihrer schwergeprüften Eltern gesetzt.

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, daß das sogenannte "Wiener Memorandum", das die Stadtverwaltung im April 1967 dem damaligen Bundeskanzler Dr. Klaus überreicht hat, für unsere Stadtverwaltung unbeschadet der politischen Veränderungen auf Bundesebene nach wie vor Richtschnur für unsere Ge-

sprache mit dem Bund ist. Ich freue mich feststellen zu können, daß wir in einigen Fragen, die das Verhältnis Bund - Bundeshauptstadt betreffen, in der letzten Zeit ein gutes und erfreuliches Stück vorangekommen sind; mein Wunsch und sicherlich auch der Wunsch der Mitglieder des Gemeinderates als Vertreter der Wiener Bevölkerung ist es, daß sich diese erfolgversprechenden Ansätze einer zum Nutzen Gesamtösterreichs entwickelnden Zusammenarbeit in günstiger Weise fortsetzen mögen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich einer finanziellen Mithilfe des Bundes beim Bau unserer U-Bahn und ich appelliere von dieser Stelle aus an Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat, der Hauptstadt unserer Republik jene Unterstützung zu gewähren, die in allen anderen Staaten Westeuropas als Selbstverständlichkeit gilt.

Gestern, meine Damen und Herren, haben wir uns mit den Rechnungsabschlüssen der Hoheitsverwaltung und der Wiener Stadtwerke beschäftigt. Mit Genugtuung konnten wir zur Kenntnis nehmen, daß die Finanzen der Stadt Wien auf einer gesunden Basis beruhen, wofür ich den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Finanzen herzlichen Dank sagen darf. Mein Dank gilt aber auch den Frauen und Herren Amtsführenden Stadträten, die durch die verantwortungsvolle Leitung ihrer Ressorts dem Finanzreferenten die Ausübung seines schwierigen Amtes erleichtert haben.

Mein Dank gilt dem Herrn Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, der eine äußerst angespannte Situation zu meistern hat, aber, wie wir wissen, geeignete Schritte zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Stadtwerke bereits eingeleitet hat. Ich danke auch dem Herrn Magistratsdirektor und allen ihm unterstellten Bediensteten für die geleistete Arbeit, insbesondere der Magistratsabteilung 5, dem Herrn Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, den Herren Direktoren der Teilunternehmungen mit ihren Bediensteten sowie vor allem dem Kontrollamt der Stadt Wien für den uns vorgelegten Bericht, der gezeigt hat, daß die Verwaltung unseres Gemeinwesens von den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit geleitet ist.

Meine Damen und Herren! Vor uns liegt eine relativ nur kurze Sommerpause; ich möchte Ihnen für diese kurze Urlaubszeit

meine besten Wünsche entbieten und darüber hinaus der gesamten Wiener Bevölkerung einen guten Sommer und eine erholsame Ferienzeit wünschen!

Ich darf abschließend noch darauf hinweisen, daß bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates bei dringlichen Fällen, in denen die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann, Verfügungen gemäß § 93 beziehungsweise gemäß § 92 Stadtverfassung getroffen werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Angelegenheiten den zuständigen Organen nachträglich zur Behandlung vorgelegt werden.

Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

## Wiener Landtag (Zusammenfassung)

=====

Wien, 10. 7. (RK) Mit der am Freitag im Wiener Landtag beschlossenen Novelle zur Pensionsordnung 1966 (Referent Stadtrat Franz Nekula, SPÖ) werden die Witwen- und Waisenspensionen ab 1. Juli auf 55 Prozent und ab 1. Juli 1971 auf 60 Prozent erhöht. Die Waisenrenten werden ab 1. Juli dieses Jahres um 20 Prozent erhöht. In der Debatte bezeichnete Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) die Novelle als bedeutendsten gesetzgeberischen Akt der letzten Jahre. Abg. Lausecker (SPÖ) verwies auf die Bemühungen der Gewerkschaften um diese Regelung.

Eine dringliche Anfrage der ÖVP wegen der Schließung von Polizeiwachzimmern löste lebhafte Debatten aus. Abg. Dr. Glatz (ÖVP) begründete die Dringlichkeit, die einstimmig zuerkannt wurde. Der ÖVP-Redner meinte, daß die Sicherheit in Wien nicht mehr gewährleistet sei. Dr. Tuna (DFP): Das Problem sei wirklich so ernst, daß es im Landtag offen besprochen werden müsse. Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) malte ebenfalls ein düsteres Bild von der Belästigung von Mädchen und Frauen und von lichtscheuem Gesindel beim Schnellbahn-Bahnhof Landstraße. Landeshauptmann Marek in mehreren sarkastischen Zwischenrufen: "Das ist eine schöne Förderung des Fremdenverkehrs!" SPÖ-Sprecher Abg. Lausecker betonte, daß Wien im Vergleich zu anderen Großstädten viel weniger um Ruhe und Ordnung besorgt sein müsse. Der Landeshauptmann stehe in ständigem Kontakt mit den Sicherheitsbehörden, aber für den Personalmangel bei der Polizei könne wahrlich nicht die Stadt Wien verantwortlich gemacht werden. Abg. Müller (DFP) handelte sich für die Behauptung, Marek habe vor längerer Zeit gemeint, das ganze Problem sei nicht der Rede wert, eine geharnischte Replik des Landeshauptmannes ein.

Die Beantwortung der dringlichen Anfrage wird schriftlich erfolgen. (Schluß)

- - -

Wiener Gemeinderat (Zusammenfassung)  
=====

Wien, 10.7. (RK) Von den 100 Geschäftsstücken, die dem Wiener Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zur Beschlußfassung vorlagen, wurden 99 erledigt. Ein Geschäftsstück, nämlich die Neufestsetzung der Jahresgebühr an den Musiklehranstalten, wurde abgesetzt. Umso gehender wurde vor allem ein Tagesordnungspunkt diskutiert, und zwar die Erhöhung des Sachkredites für den ersten und zweiten Bauabschnitt des Fernwärmewerkes Spittelau von 400 auf 532,9 Millionen.

Nach der Berichterstattung durch Stadtrat Hubert Pfösch, in der er die Überschreitungen detailliert begründete, sprach GR. Dr. Wolfram (FPÖ), der die niedrigen Kostenschätzungen bemängelte und kostspielige Ausstattungen kritisierte.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) äußerte den Verdacht der Fehlplanung und führte an, daß die Baukosten für den Schornstein allein um 84 Prozent höher liegen und der Kühlturm ursprünglich nicht vorgesehen war. Dafür wird ein ursprünglich geplanter Erdgasanschluß nicht hergestellt. GR. Hofstetter (SPÖ) verteidigte das Fernwärmewerk Spittelau als eines der größten Werke Europas, das im Ausland höchste Beachtung fand. Gewiß wurden während des Baues Veränderungen vorgenommen, aber warum soll man auf Verbesserungen verzichten? Die Schornsteinkanzel diene nicht architektonischen Zwecken, sondern sei für Aufzugsreparaturarbeiten nötig. GR. Dr. Goller (ÖVP) brachte einen Antrag ein, die Stadt Wien möge den Rechnungshof um einen Einschaubericht über die Heizbetriebe ersuchen.

Stadtrat Pfösch betonte in seinem Schlußwort, daß nichts vertuscht werde. Die Stadt Wien hat mit diesem Bau Neuland betreten und damit sind zwangsläufig gewisse Risiken verbunden. Die Stadtverwaltung kalkuliert auch lieber knapp und begründet einen Mehrbedarf, als bei einer Kostenberechnung Reserven einzubauen. Auch gegen Wiens erste Müllverbrennungsanlage gab es zahlreiche Angriffe, schloß der Stadtrat, die heute durch die Praxis

wiederlegt sind. Bei der Abstimmung wurden die Überschreitungen mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Ferner genehmigte der Gemeinderat 300.000 Schilling Subvention für das Raimundtheater, das während des Sommers die Lehar-Operette "Paganini" spielt. Über einen großen Teil des 5. Bezirkes wurde die Verhängung einer Bausperre beschlossen. Eine Flächenwidmung beschäftigte sich mit dem neuen Großkraftwerk Donaustadt, das vom Gemeinderat bereits beschlossen wurde. 45 Millionen bewilligte der Gemeinderat für den neuen Pavillon zur Unterbringung entwicklungsgestörter Kinder. Der Pavillon wird auf dem Gelände des Krankenhauses Rosenhügel stehen und eine Sonderschule und einen Sonderkindergarten enthalten. Einstimmig beschlossen wurde auch eine Erhöhung der Pflegegebühren in den städtischen Altersheimen um 20 Prozent auf 60 Schilling. Nach einem Referat von Stadtrat Hintschig beschloß der Gemeinderat einstimmig (die DFP-Vertreter hatten den Saal verlassen) den Antrag an den Verfassungsgerichtshof, Franz Olah seines Mandates verlustig zu erklären. Grundsätzlich genehmigt wurde ein Schulneubau in Atzgersdorf, Steinerstraße. Auch die Kostenübernahme der Erdgasumstellung für Sozialfälle wurde einstimmig beschlossen. Ebenso die Errichtung des neuen Großgrünmarktes in Wien-Inzersdorf mit einem Kostenbetrag von 478 Millionen. (Schluß)

- - -

Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:Lichtenwerderplatz gesperrt  
=====

Wien, 10.7. (RK) Von Montag bis Freitag kommender Woche tritt eine erhebliche Behinderung des vom Gürtel durch die Heiligenstädter Straße fließenden Verkehrs beziehungsweise auch für den Verkehr der Gegenrichtung sowie für jene Autofahrer ein, die durch die Lichtensteinstraße kommend in die Heiligenstädter Straße einfahren: Die nördliche Seite des Lichtenwerderplatzes muß nämlich für den gesamten Verkehr gesperrt werden, weil sich die Fahrbahndecke dort im Lauf der Jahre spürbar gesenkt hatte und endlich gehoben werden muß. Das hat zur Folge, daß der vom Gürtel kommende und in die Heiligenstädter Straße einmündende Verkehr jene Fahrbahn benützen muß, die ansonsten dem Gegenverkehr dient. Hinter der jetzigen Haltestelleninsel erfolgt die Einschwenkung in die alte Fahrbahn und damit ist auch die normale Einmündung in die Brücke zur Adalbert Stifter-Straße gewährleistet. Der Gegenverkehr, also im Zuge der Heiligenstädter Straße Richtung stadteinwärts, muß über den Döblinger Gürtel umgeleitet werden, was sicherlich zu Stauungen an der Kreuzung Billrothstraße - Gürtel infolge des vermehrten Linksabbiegeverkehrs führen wird. Mit weiteren Schwierigkeiten ist zudem an der Kreuzung Nußdorfer Straße - Viriotgasse zu rechnen: Der gesamte Verkehr der Lichtensteinstraße in Richtung stadtauswärts muß nämlich durch die Viriotgasse und weiter über den Gürtel in die Heiligenstädter Straße umgeleitet werden, weil die Lichtensteinstraße ab Viriotgasse gesperrt werden muß. Die Straßenbahnhaltestelle wird für beide Fahrtrichtungen vom Lichtenwerderplatz in die Lichtensteinstraße verlegt.

Ebenfalls ab Montag kommender Woche werden im Bereich der äußeren Mariahilfer Straße und des Gürtels für beide Fahrtrichtungen Verkehrsbehinderungen eintreten, weil im stadteinwärts führenden Teil der äußeren Mariahilfer Straße, etwa im Bereich der Haltestelleninsel, ein neues Wasserrohr verlegt werden muß, wodurch ein Fahrstreifen verloren geht. Die Arbeiten werden bis 10. August andauern. Die Gegenrichtung verliert im gleichen Bereich wegen Verlegung eines Gasrohres bis zum 5. August ebenfalls eine Spur.

Die Burggasse wird ab Montag in mehreren Abschnitten ihren endgültigen Fahrbahnbelag erhalten. Die Arbeiten, die voraussichtlich zehn Tage in Anspruch nehmen, werden jeweils halbseitig durchgeführt. Es ist jedoch vorgesehen, daß während der Morgenspitze durchgehend zwei Fahrstreifen benützbar sein werden. Tagsüber freilich wird nur ein Fahrstreifen verfügbar sein.

Eine Änderung wird in der kommenden Woche - und zwar voraussichtlich ab Donnerstag - auch im Umleitungszirkus Karlsplatz eintreten: Der in die Akademiestraße einmündende Verkehr muß etwas "verschwenkt" werden, weil im Bereich der jetzigen Fahrbahn der Akademiestraße Schlitzwände geschaffen werden müssen. Um den Verkehr in zwei Spuren wie bisher aufrecht erhalten zu können, wurde eine eigene Notfahrbahn geschaffen, die etwa vor dem Künstlerhauskino wieder in die Akademiestraße einmündet.

Auch die Adalbert Stifter-Straße zwischen der Gürtelbrücke und dem Engelsplatz erhält ab Mittwoch zwei Wochen lang einen neuen Fahrbahnbelag.

#### Wienzeile wieder frei

Die Arbeiten zur Aufbringung des endgültigen Fahrbahnbelages in der Linken Wienzeile werden hingegen heute, Freitag, abgeschlossen, sodaß diese wichtige Ausfallstraße ab morgen, Samstag, wieder dem Verkehr in vollem Umfang zur Verfügung steht.

- - -

#### Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

Wien, 10. 7. (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Paradeiser 6 S, Kochsalat 4 bis 5 S je Kilogramm, Häuptelsalat 2 bis 3 S je Stück.

Obst: Kirschen 6 bis 8 S, Ribisel 8 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

Stromausfall links der Donau

=====

Fernwirkung für Straßenbahn an Matzleinsdorfer Platz

Wien, 10.7. (RK)

Freitag gegen 8,40 Uhr kam es im Umspannwerk Nord durch den Bruch eines 110 kV-Isolators zum Ausfall der 110 kV-Anspeisung. Dadurch wurde die Stromversorgung in Teilen des 21. Bezirkes unterbrochen, die Verkehrsampeln in diesen Gebieten fielen aus und die Straßenbahnlinien 132, 231, 331 und 217 waren gestört. Nach umfangreichen Umschaltungen funktionierte die Stromversorgung links der Donau ab 8,50 Uhr wieder.

Die Spannungsschwankungen, die im gesamten Wiener Netz kurzfristig auftraten, führten zur automatischen Abschaltung eines Gleichrichters der Straßenbahn-Stromversorgung im Bereich Matzleinsdorfer Platz. Dadurch waren die Straßenbahnlinien 6, 18, 62 und 65 sowie die Badnerbahn bis 9,20 Uhr unterbrochen.

- - -

Dank des Gemeinderates für Obersenatsrat Dr.Hübner

=====

Wien, 10. 7. (RK) Der Wiener Gemeinderat hat Donnerstag dem langjährigen Personalchef der Wiener Stadtwerke, Obersenatsrat Dr. Ottomar Hübner anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für seine langjährige und vorzügliche Dienstleistung den Dank ausgesprochen.

- - -

Publikumsanalyse des Erfolgsmusicals "Hair"  
=====

Wien, 10.7. (RK) Infolge des großen Erfolges des Musicals "Hair", - für Samstag wird der 100.000. Besucher erwartet - , hat die Wiener Stadthalle eine Untersuchung der Publikumsmeinung durchführen lassen. Die Befragung fand in der Zeit vom 24. bis 30. Juni statt, wobei die Interviewer Besucher von vier verschiedenen Sitzplatz-Kategorien befragten und folgende interessante Ergebnisse ermitteln konnten:

Als erstes interessantes Merkmal verzeichnete die Untersuchung einen leichten Überhang der männlichen Besucher. Der jüngste befragte Zuschauer gab sein Alter mit 14, der älteste mit 72 Jahren (!) an. Naturgemäß kam die Mehrzahl der Zuschauer mit 67 Prozent aus Wien, 22 Prozent kamen aus den Bundesländern, aber auch das Ausland war mit elf Prozent sehr stark vertreten. Der größte Teil der "Hair"-Besucher, nämlich 50 Prozent rekrutierte sich aus Angestellten und Beamten, die zweitgrößte Besuchergruppe waren Schüler und Studenten. Darüber hinaus zeigte die Untersuchung, daß für "Hair" Zuschauer aktiviert werden konnten, die normalerweise nie ins Theater gehen. Andererseits: Viele regelmäßige Theater- und Konzertbesucher sahen mit "Hair" erstmals ein Musical. Eine ausgezeichnete Durchschnittsnote erhielt "Hair" mit 1,83 bei einer fünfstufigen Notenskala, wobei 80 Prozent der Befragten die Note "sehr gut" oder "gut" gaben. Die beste Bewertung gaben die Besucher aus den Bundesländern, die schlechteste jene Besucher der Gruppe der 30 bis 40jährigen. Auf die Frage, was am besten gefiel, kam die Musik mit 62 Prozent erwartungsgemäß am besten weg, die Choreographie und der optische Gesamteindruck rangieren mit 22 Prozent an zweiter Stelle, gefolgt von den Schauspielern mit 13 Prozent und der Atmosphäre mit zwölf Prozent. Bei den Dingen die mißfielen, folgte die große Lautstärke mit elf Prozent vor den obszönen Stellen, die nur fünf Prozent der männlichen, aber 16 Prozent der weiblichen Befragten kritisierten. Über zwei Drittel der Befragten erklärten, sie würden sich "Hair" ein zweites Mal ansehen, beziehungsweise wären schon öfter in "Hair" gewesen. Dieses Ergebnis deckt sich mit Paralleluntersuchungen in Deutschland, die ebenfalls einen starken Trend

zum wiederholten "Hair"-Besuch zeigten. Als Grund wurde dafür angegeben, beim ersten Besuch "etwas versäumt" zu haben und die Problematik genauer kennenlernen zu wollen. Ein für die Stadthalle erfreuliches Ergebnis zeigte sich in dem hohen Anteil der Befragten (88 Prozent), die finden, daß "Hair" ausgezeichnet in die Stadthalle paßt, beziehungsweise daß diese ausgezeichnet adaptiert wurde. Fast alle Befragten (nämlich 88 Prozent) hielten es auch für wesentlich, daß dieses Stück endlich auch in Wien aufgeführt wird, wobei sie darin unter anderem einen "Schritt zur Weltstadt", "einen notwendigen Beitrag zur Urteilsbildung" und "eine Kampfansage an den Konservatismus" sehen. Die meisten "Hair"-Besucher kamen in Begleitung, nur sechs Prozent der weiblichen Besucher wagten sich solo in die Stadthalle.

Was die Dauer des Erfolgsmusicals betrifft, so wird es seine Aufführungen voraussichtlich mit der 100. Vorstellung am 1. August beenden und sodann nach Zürich übersiedeln.

- - -

100. Geburtstag von Georg Emmerling  
=====

Wien, 10.7. (RK) Auf den 12. Juli fällt der 100. Geburtstag des Kommunalexperten Vizebürgermeisters Georg Emmerling.

Es wurde als ältester Sohn eines Leinen- und Baumwollhändlers in Wien-Meidling geboren, erlernte nach Absolvierung der Pflichtschule das Kunstdrechslerhandwerk und trat noch als Halbwüchsiger dem Lese- und Fachverein der Drechsler bei, der in der Frühzeit der österreichischen Arbeiterbewegung eine Pflanzstätte namhafter Arbeiterführer war. In diesem Kreis lernte er unter anderem Jakob Reumann, Ludwig Bretschneider und Anton Hueber kennen und zog durch seinen Bildungshunger die Aufmerksamkeit Viktor Adlers auf sich. Der Wunsch, die Welt kennenzulernen, veranlaßte ihn, sich auf die Wanderschaft zu begeben. In der Folge arbeitete Emmerling in Deutschland, Frankreich und England, wo er die französische und englische Sprache erlernte. Mit 19 Jahren nahm er im Juli 1889 als Gastdelegierter am 1. Internationalen Sozialistenkongreß in Paris teil und wurde mit den bedeutendsten Arbeiterführern der damaligen Zeit bekannt. Zur Ableistung des Militärdienstes kehrte Emmerling nach Wien zurück und widmete sich anschließend als sozialdemokratischer Funktionär in Meidling intensiv der Parteiarbeit. Seine hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten und seine Rednergabe ließen ihn rasch emporsteigen. 1901 wurde er auf Empfehlung Viktor Adlers Chefadministrator der "Arbeiter Zeitung" und Gesellschafter der neu gegründeten Druck- und Verlagsanstalt "Vorwärts". Emmerling trug wesentlich zum Aufschwung der Arbeiterpresse seit der Jahrhundertwende bei und war auch einer der treibenden Kräfte bei der Errichtung des Parteiheims auf der Rechten Wienzeile. In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg trat Georg Emmerling auch als Politiker in den Vordergrund. 1912 erfolgte seine Wahl in den Wiener Gemeinderat, wo er Gelegenheit hatte, praktische Verwaltungserfahrungen zu sammeln. 1918 wurde er in der provisorischen Gemeindevertretung Stadtrat. 1919 Vizebürgermeister und Amtsführender Stadtrat für die städtischen Unternehmungen. Beide Funktionen übte er bis zum

Verbot der Partei im Jahre 1934 aus. Als die neue sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nach dem Ersten Weltkrieg unter überaus schwierigen Verhältnissen die Kommunalunternehmungen großzügig modernisierte, waren Emmerling durch volle 14 Jahre hindurch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anvertraut. An ihrem Ausbau sowie an der Errichtung der Wasserkraftwerke in Opponitz und Gaming hatte er entscheidenden Anteil. In die Zeit seiner Leitung der städtischen Unternehmungen fiel auch die Übernahme und Elektrifizierung der Stadtbahn sowie die Schaffung des städtischen Autobusnetzes. Von 1934 bis 1945 lebte Georg Emmerling zurückgezogen in seiner Heimatstadt, hielt jedoch durch viele Reisen seine Verbindungen mit dem Auslande aufrecht. Nach der Befreiung Österreichs hinderte ihn eine in den letzten Kriegsjahren erlittene Verletzung, sich wieder aktiv in den Aufbau des neuen politischen Lebens einzuschalten. Am 12. Dezember 1948 ist Georg Emmerling in Wien gestorben und wurde in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof beigesetzt. Er hat sein gesamtes Wirken in den Dienst der Gemeinde Wien gestellt. Sein Anteil an deren Aufbau in der Zeit von 1919 bis 1934 wird unvergessen bleiben.

- - -